

FREIBERUFLER-TICKER vom 19. Juli 2019

1. OECD adressiert freiberufliche Dienstleistungen

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) veröffentlichte Ende vergangener Woche die Studie „[Going for growth](#)“. Darin analysiert die OECD Faktoren, die aus ihrer Sicht geeignet sind, um unter anderem Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Produktivität, Beschäftigung und ökologische Nachhaltigkeit zu fördern. In der [Ländernotiz](#) für Deutschland wird eingangs behauptet, auch eine Reduzierung der restriktiven Regulierung bei freiberuflichen Dienstleistungen würde eine effiziente Ressourcenallokation und Technologiediffusion befördern. Die Studienautoren empfehlen überdies, die Ganztagsbetreuung für Kinder, die Qualitätsstandards in der frühen Bildung und Weiterbildungsmöglichkeiten insbesondere für Arbeitnehmer in schwachen sozioökonomischen Verhältnissen auszubauen. Dringend müssten Lücken bei der digitalen und der Verkehrsinfrastruktur geschlossen werden. Steuerpolitisch sollte Deutschland Umweltverschmutzung teurer machen, Mehrwertsteuervergünstigungen abbauen und die Sozialabgaben vor allem für Geringverdiener senken.

2. Landflucht: Keine Akademiker, keine Auszubildenden

Seit Jahren ziehen junge, gut gebildete Menschen vom Land in die Städte. Das bringt Unternehmen auf dem Land zunehmend in Schwierigkeiten – auch in Westdeutschland. Eine [Studie](#) des Instituts der deutschen Wirtschaft, die am 15. Juli 2019 vorgestellt wurde, zeigt, wo besonders viele Akademiker und Auszubildende fehlen. Auf 100 Beschäftigte mit Berufsausbildung kommen im Bundesdurchschnitt 7,1 Auszubildende. In den neuen Bundesländern kommen auf 100 Beschäftigte mit Berufsausbildung abseits der Städte fast überall weniger als fünf Auszubildende. Auch innerhalb Westdeutschlands gibt es große Unterschiede: In einigen ländlich geprägten Teilen von Bayern, Hessen und Rheinland-Pfalz ist die Versorgung unterdurchschnittlich. Die meisten Auszubildenden je Fachkraft gibt es in den Städten Heidelberg, hier beträgt der Wert 11,3, in Bonn mit einer Quote von 10,6 und in Freiburg mit 10,2. In den grenznahen und Küstenregionen des Westens sind ebenfalls verhältnismäßig viele Auszubildende vorhanden. Akademiker konzentrieren sich vor allem in Großstädten und deren Umland. Während durchschnittlich 16 Prozent der Beschäftigten Akademiker sind, beträgt der Anteil in vielen ländlichen Regionen unter zehn Prozent: Die Spanne reicht vom Spitzenwert von 44 Prozent in Heidelberg bis zum Schlusslicht von sechs Prozent im Landkreis Wittmund bei Wilhelmshaven.

3. Digitaler Kontakt zu Behörden und öffentlichen Einrichtungen

50 Prozent der Bevölkerung in Deutschland nutzten 2018 das Internet für den Kontakt mit Behörden und öffentlichen Einrichtungen. Wie das Statistische Bundesamt Ende vergangener Woche anhand von Ergebnissen der Erhebung zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien in privaten Haushalten [mitteilte](#), lag dieser Anteil vor zehn Jahren bei 39 Prozent. 49 Prozent suchten etwa auf den Websites von Behörden und öffentlichen Einrichtungen nach Informationen. Bei weiteren Aktivitäten wie dem Herunterladen oder Ausdrucken von amtlichen Formularen, dies gaben 30 Prozent an, sowie dem Zurücksenden ausgefüllter Formulare über das Internet, genannt von 16 Prozent, war die Nutzung geringer. Hinderungsgründe für den Online-Versand von Formularen an die Behörden sind in erster Linie Bedenken hinsichtlich des Schutzes und der Sicherheit persönlicher Daten, aber auch das fehlende Angebot von Online-Formularen durch Behörden.

4. Behördengänge finden noch selten digital statt

Vier von zehn Bürgern nutzen hierzulande digitale Dienstleistungen von öffentlichen Einrichtungen – weniger als in anderen Ländern. Das zeigt die Untersuchung [Digital Government Survey](#), für die die Strategieberatung Boston Consulting Group weltweit 14.000 Bürger befragte und die am 15. Juli 2019 [veröffentlicht](#) wurde. In Indien und den Vereinigten Arabischen Emiraten machen sieben von zehn Bürgern von öffentlichen Onlineservices Gebrauch. In China oder Argentinien sind es fünf von zehn Bürgern.

5. Bundesbürger wollen digital aufs Amt

Die große Mehrheit der Bundesbürger wünscht sich eine digitale Verwaltung. Das ist das Ergebnis einer Umfrage im Auftrag des Digitalverbands Bitkom unter mehr als 1.000 Personen ab 16 Jahren in Deutschland, die Ende vergangener Woche [präsentiert](#) wurde. 59 Prozent finden, dass die meisten Behördengänge problemlos online erledigt werden könnten. 68 Prozent sagen, digitale Behördengänge sparen Zeit – und für 56 Prozent auch Geld. Von einer digitalen Verwaltung erhoffen sich die Bürger vor allem mehr Transparenz. So stimmen acht von zehn Befragten der Aussage zu, dass es während der Bearbeitung von Anträgen möglich sein sollte, den aktuellen Stand und die voraussichtliche Dauer der Bearbeitung jederzeit online einsehen zu können. 74 Prozent finden, dass Ämter prinzipiell zu lange brauchen, um ihre Anliegen zu bearbeiten.

6. Arbeitsplätze im Zuge des Strukturwandels

Der deutsche Arbeitsmarkt konnte den Strukturwandel seit den 1970er-Jahren bislang alles in allem ausgleichen. Auf längere Sicht betrachtet entstanden neue Arbeitsplätze etwa in dem Maße, wie andere abgebaut wurden. Das zeigt eine am 16. Juli 2019 veröffentlichte [Studie](#) des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Trotz der vermehrten Automatisierung in der Industrie wurde der Arbeitsplatzabbau durch Arbeitsplatzaufbau in anderen Betrieben oder Sektoren ausgeglichen. Für Hochqualifizierte sind mehr Arbeitsplätze hinzugekommen als verschwunden, so die IAB-Forscher. Für Geringqualifizierte sind dagegen weniger Stellen entstanden als abgebaut wurden. Die technologische Entwicklung war laut IAB verbunden mit einer qualitativen Veränderung des Bedarfs an Arbeitskräften. Durch die Computerisierung in den vergangenen 20 Jahren ist der Anteil der Arbeitsplätze, die verloren gingen, nicht angestiegen. Seit 2005 ist er sogar zurückgegangen. Es gibt also keinen Trend zu einem Turboarbeitsmarkt, denn dann müssten die Auf- und Abbauraten steigen, so die Forscher weiter. Bezogen auf die aktuelle Digitalisierungsdebatte erwarten sie, dass das Beschäftigungsniveau in Deutschland unter dem Strich nicht sinken wird. Das IAB prognostiziert allerdings Umbrüche: Durch die Digitalisierung werden rund 1,5 Millionen Stellen wegfallen, jedoch in ähnlichem Umfang auch neue entstehen.

7. Zuwanderung 2018

Im vergangenen Jahr sind rund 400.000 Personen mehr nach Deutschland zugezogen als fortgezogen. Wie das Statistische Bundesamt am 16. Juli 2019 weiter [mitteilte](#), gab es insgesamt 1.585.000 Zuzüge aus dem Ausland und 1.185.000 Fortzüge in das Ausland. Die Nettozuwanderung ist gegenüber dem Vorjahr leicht zurückgegangen. Der Abwanderungsverlust deutscher Staatsbürger ist gegenüber dem Vorjahr gesunken.

8. In der EU erteilte Aufenthaltsgenehmigungen

2017 wurden in der Europäischen Union (EU) 3,1 Millionen Erstaufenthaltsgenehmigungen an Nicht-EU-Bürger erteilt. Der größte Anteil entfiel mit 21 Prozent auf Personen aus der Ukraine,

gefolgt von Syrien mit sieben Prozent, China mit sechs Prozent sowie Indien und den Vereinigten Staaten mit je fünf Prozent. Polen war Hauptland für Personen aus der Ukraine, während es für Syrien Deutschland war. Das [teilte](#) Eurostat, das statistische Amt der EU, am 15. Juli 2019 mit.

9. Bundesregierung zieht positive Bilanz in puncto Privatisierungen

Aus Sicht der Bundesregierung sind die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen ihrer Privatisierungspolitik seit 1990 insgesamt positiv zu bewerten. In den Bereichen Post und Telekommunikation hat die Öffnung der Märkte beispielsweise zu sinkenden Preisen und einer „Verbesserung der Qualität der Dienstleistungen im Interesse der Verbraucher“ geführt, schreibt die Bundesregierung in einer Antwort ([19/11428](#)) auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion von Die Linke ([19/11010](#)). Zu den Beschäftigungswirkungen bei Privatisierung und Liberalisierung im Bereich der Daseinsvorsorge kann die Bundesregierung keine Aussage treffen, da dazu weder statistische Erhebungen noch wissenschaftliche Untersuchungen vorliegen, heißt es in der Antwort weiter.

10. Personalie 1: Von der Leyen kommt, Selmayr geht

Dr. Ursula von der Leyen ist am 16. Juli 2019 vom Europäischen Parlament zur neuen Präsidentin der Europäischen Kommission gewählt worden. Sie erhielt 383 von 733 Stimmen. Nötig waren 374 Stimmen. Von der Leyen wird damit am 1. November 2019 Nachfolgerin des scheidenden Amtsinhabers Jean-Claude Juncker aus Luxemburg. In diesem Kontext kündigte Prof. Dr. Martin Selmayr, Generalsekretär der Europäischen Kommission, laut übereinstimmenden Berichten an, sein Amt in der kommenden Woche niederzulegen.

11. Personalie 2: BA: Holsboer abberufen, Clever tritt zurück

Ende vergangener Woche wurde Valerie Holsboer als Mitglied des Vorstandes der Bundesagentur für Arbeit (BA) in Nürnberg vom Verwaltungsrat abberufen. Die Bundesregierung muss dem noch zustimmen. Laut übereinstimmenden Berichten tritt nun auch Peter Clever, Sprecher der Arbeitgeberbank im Verwaltungsrat der BA und dessen alternierender Vorsitzender, zurück.

12. Personalie 3: Neuer DGUV-Hauptgeschäftsführer

Zum 1. Juli 2019 übernahm Dr. Stefan Hussy das Amt des Hauptgeschäftsführers der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV). Er folgt Prof. Dr. Joachim Breuer nach.